

## ■ Bericht aus dem Rat

Juli 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 8.7.2010.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Oberbürgermeister mit, dass sich Ratsherr Krüger mit den Ratsmitgliedern der freien Wähler zusammengeschlossen hat, sodass diese Gruppe nun Fraktionsstatus hat. Fraktionsvorsitzender ist Herr Dr. Kirchner.



## ■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zum **Wassereinbruch im neuen Stadtarchiv**, das jetzt in der Alten Paketpost untergebracht ist, erläuterte die Verwaltung, dass 1/3 des 30.000 l fassenden Tanks der Sprinkleranlage ausgelaufen ist. 1500 Akten sind feucht geworden. Für die notwendige Restaurierung von 30 bis 50 Akten werden 4.000 Euro kalkuliert. Das Stadtarchiv soll am 15.7. bis auf einen Lesesaal wieder eröffnet werden. Das Schauspielhaus, dessen Mitarbeiterin die Sprinkleranlage versehentlich ausgelöst hatte, hat organisatorische Vorkehrungen getroffen, um ein erneutes versehentliches Auslösen zu verhindern.

Auch die Linksfraktion fragte nach dem Wassereinbruch im Stadtarchiv. Die Verwaltung erläuterte, dass so weit wie möglich technische Vorkehrungen getroffen sind, um einen Wassereinbruch zu verhindern. Das Wasser hat sich durch Dehnungsfugen und ehemalige Gleiströge ausgebreitet. Wegen der Bildung von Brandabschnitten konnte der Wassereinbruch auf einen Gebäudeabschnitt begrenzt werden. Die Verwaltung betonte, dass das Feuerschutzkonzept dem neuesten Stand der Technik entspricht und in Absprache mit den Versicherern erarbeitet wurde.

Die SPD fragte nach **Einwendungen gegen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen**. Die Verwaltung befürchtet wegen einer möglichen Zunahme der Feinstaubbelastungen eine Gefährdung der Ziele des Luftreinhalteplans und hat fristgerecht eine Stellungnahme bei der Bezirksregierung eingereicht. Über das Ergebnis auch des Erörterungstermins im September sollen die Ratsausschüsse informiert werden.

Auf die Anfrage der Linksfraktion in gleichem Zusammenhang gab die Verwaltung bekannt, dass die Stellungnahme am Vortag der Bezirksregierung zugeleitet wurde. Die Bezirksregierung hat zugesichert, die Belange der betroffenen Kommunen zu berücksichtigen.

## ■ Anfragen

Mit der **Personalqualifizierung in den städtischen Betreuungseinrichtungen** für Kinder, Jugendliche und Familien beschäftigte sich eine Anfrage der CDU. Die Verwaltung stellte dar, dass nach dem Sozialgesetzbuch nur Fachkräfte und Personen mit besonderer Erfahrung im Kinder- und Jugendbereich tätig sein dürfen. Im Jugendamt sind dies 989 Erzieher und Erzieherinnen, 310 Kinderpfleger und -pflegerinnen, 384 Sozialarbeiter und -arbeiterinnen sowie Sozialpädagogen und -pädagoginnen. In therapeutischen Berufen arbeiten weiter 174 Personen. Die Verwaltung verwies auf die mehr als 100 jährlichen Weiterbildungsangebote des Jugendamtes, an denen mehr als 3100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen teilgenommen haben.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfrau Frey zur **Umsetzung der Reform der Jobcenter** verwies die Verwaltung auf den hierzu gefassten einstimmigen Ratsbeschluss am 4.2. Die Neuordnung erfüllt die Anforderung, eine Zusammenarbeit zwischen Kommune und Jobcenter auf gleicher Höhe zu ermöglichen. Nach der Sommerpause wird die Verwaltung einen Vertrag vorlegen, in dem die gesetzlichen Änderungen berücksichtigt werden.

---

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zu den **Auswirkungen des Sparpakets der Bundesregierung** auf die soziale und wirtschaftliche Situation erläuterte die Verwaltung, dass sich der Trend der einseitigen Lastenverschiebungen vom Bund auf die Kommunen fortsetzt. Durch Wegfall des Rentenversicherungsbeitrages für ALG II-Beziehende werden langfristig noch mehr Personen auf die kommunal finanzierten Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Die Verwaltung schätzt die Mehrbelastung bis 2015 auf 145.000 Euro, im Jahr 2020 auf 600.000 Euro. Durch eine Kürzung des Wohngeldes will der Bund 200 Mio Euro einsparen, dies würde die Stadt mit mindestens 1,2 Mio Euro belasten, weil ALG II-Empfänger verstärkt städtische Leistungen in Anspruch nehmen werden. Auch durch den Wegfall der Heizkostenkomponente (24 Euro/1 Person im Haushalt, 31 Euro/2 Personen, 6 Euro für jede weitere haushaltsangehörige Person) werden kommunale Leistungen für die Unterkunft in Anspruch genommen, deren Höhe noch nicht geschätzt werden kann. Im Bereich der Beschäftigungsförderung sollen Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Dies soll beim Bund zu Einsparungen von 2 Mrd. Euro führen. Bis 2014 soll diese Einsparung auf 5 Mrd. Euro anwachsen. Die konkrete Auswirkung kann noch nicht beurteilt werden.

BÜ 90 fragte nach den **Auswirkungen der Belastungen durch das Land und die Bundesregierung seit 2005**. Gegen den Verteilungsmodus der Einheitslasten hatte die Stadt erfolgreich geklagt und für 2006 bis 2008 eine Erstattung von 68, 1 Mio. Euro erhalten. Ab 2009 wird mit Nachzahlungsverpflichtungen durch eine neu festgesetzte Berechnungsbasis gerechnet. Zur Zeit organisieren die kommunalen Spitzenverbände eine Klagen gegen diesen Berechnungsmodus. Pauschalierte Verbundsatzsenkungen führten zu Verlusten von 1,5 Mio. Euro in den Jahren 2006 bis 2010. Neue Berechnungsarten bei der Verteilung der Grunderwerbsteuer führten zu Verlusten von 0,7 Mio. Euro in den Jahren 2007 bis 2009. Die Umstellung der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen kostet die Stadt jährlich 10,3 Mio. Euro. Die Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Studierenden wurden zwischen 2001 und 2009 um jährlich 3,9 Mio. Euro reduziert. Durch Änderungen bei der Krankenhausfinanzierung wurde Düsseldorf seit 2007 um jährlich mehr als 3 Mio. Euro belastet. Die Verringerung des Bundeszuschusses für die Unterkunftskosten führt in 2010 zu Mehrbelastungen der Stadt in Höhe von 11,4 Mio. Euro. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wirkt sich in Düsseldorf mit 10,9 Mio. in 2010, 26,2 Mio. in 2011, 32,1 Mio. in 2012 und 27, 8 Mio. in 2013 aus. Durch Verschiebungen bei der Landesbeteiligung an den Unterhaltsleistungen kommen auf die Stadt Mehraufwendungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro zu. Die Auswirkungen der in den Konjunkturpaketen I und II enthaltenen Maßnahmen (Abschreibungen, Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen, Absetzbarkeit von Kinderbetreuung, Krankenversicherungsbeiträgen und haushaltsnahen Dienstleistungen) können noch nicht beziffert werden.

### ■ Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Herr Beigeordneter Dr. Bonin berichtete, dass die Arbeiten im Rahmen der Terminplanung liegen. Die Vergabe der einzelnen Tunnelbauabschnitte erfolgt in den nächsten Monaten, die Fertigstellung des Tunnel ist bis Ende 2012 geplant, der Ausbau des Tunnel wird in 2013 erfolgen. Der Investor des Gebäudes hat mit dem Bau der Schlitzwände begonnen. Vor dem Oberverwaltungsgericht hat ein betroffener Nachbar ein Normenkontrollverfahren angestrengt.

### ■ Anträge der Fraktionen

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von FDP und CDU die Verwaltung, zur nächsten Sitzung ein Konzept mit den Rahmenbedingungen zur Umsetzung einer **diamorphingestützten Substitutionsbehandlung** für schwerstabhängige Heroinkonsumenten in Düsseldorf vorzulegen. Ein Ergänzungsantrag der Linken, die Diamorphinbehandlung zum 1.1.2011 sicherzustellen und die dazu schon in 2010 benötigten Mittel bereitzustellen, wurde von CDU, FDP abgelehnt, Enthaltung Freie Wähler.

Der Antrag von SPD und BÜ 90, das **Stadtentwicklungskonzept 2020+** wegen des nunmehr prognostizierten und absehbaren Bevölkerungszuwachses auf deutlich mehr als

---

600.000 Einwohner unter Einbeziehung von stadtentwicklungspolitisch relevanten Parametern (Energieeffizienz, Klimaschutz, Wohnbauflächenmanagement etc. ) zu überarbeiten, wurde von CDU, FDP, freie Wähler abgelehnt, Enthaltung Linksfraktion.

Ein Antrag von SPD und BÜ 90 zur **Erhöhung des Angebotes an preiswerten Wohnungen** wurde von CDU, FDP, Linksfraktion abgelehnt, Enthaltung Freie Wähler. Die Verwaltung sollte Maßnahmen zur Steigerung des „normalen Wohnungsbaus“ erarbeiten durch die Stärkung des preiswerten freifinanzierten Mietwohnungsbaus, die Gewinnung privater Investoren für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, die Unterstützung des Neubaus durch Wohnungsbaugenossenschaften und Baugruppen und die Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen der städtischen Wohnungsgesellschaft für Pflege und Erweiterung des Bestandes.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP, Freie Wähler ein Antrag der Linken, jährlich 15 Mio. Euro für ein **kommunales Wohnungsbauprogramm** zu entwickeln, Enthaltung SPD, BÜ 90.

Der Antrag der SPD, für die **Neugestaltung der Freiflächen in der Altstadt** einen Ideenwettbewerb durchzuführen und den Bürgerinnen und Bürgern und der Bezirksvertretung 1 zur Auswahl und Entscheidung vorzulegen, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Der Oberbürgermeister gab bekannt, dass wegen der besonderen Bedeutung der Altstadt der Rat für die Entscheidung der Neugestaltung zuständig ist und nicht die Bezirksvertretung 1.

Der Antrag der SPD, die Verwaltung zu beauftragen, in Kooperation mit bedeutenden Wärmeerzeugern ein **Konzept zum Aufbau einer intelligenten Nah- und Fernwärmeversorgung** als Grundlage für eine Nah- und Fernwärmesatzung unter Berücksichtigung lokal verfügbarer regenerativer Energien zu erarbeiten, wurde von CDU, FDP abgelehnt, Enthaltung Linksfraktion und Freie Wähler. BÜ 90 regte an, den Stand der Überlegungen im Rahmen des Runden Tisches Energie zu besprechen.

Der Antrag von BÜ 90, **Rechtssicherheit für Gehbehinderte mit Fahrzeugen in Parkanlagen** herzustellen, wurde auf Antrag der SPD in den Beirat für Menschen mit Behinderungen verwiesen.

Einstimmig sprach sich der Rat auf Antrag von SPD und BÜ 90 für die Aufnahme einer größeren Gruppe aus dem deutschen Kontingent des UNHCR-Resettlement-Programms für **Iranische Flüchtlinge** aus. Die Verwaltung wurde aufgefordert, entsprechende Aktivitäten zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung einzuleiten.

Der Antrag von SPD und BÜ 90, die **Resolution des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes** vom 15.6.2010 zu unterstützen, wurde von CDU, FDP, Freien Wählern abgelehnt. In der Resolution halten die Städte und Gemeinden an der Gewerbesteuer fest und bekräftigen ihre Forderung, durch Einbeziehung der freien Berufe in den Kreis der Steuerpflichtigen und eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zu stabilisieren. Sie halten es für zwingend, dass die Entlastung der kommunalen Haushalte von Sozialausgaben zu einem zentralen Ziel der Gemeindefinanzkommission wird. Außerdem wurde beantragt, ein Hearing aller Mandatsträger und Mandatsträgerinnen aus Düsseldorf zum Thema Gemeindefinanzen durchzuführen.

Obwohl der Antrag abgelehnt wurde, erklärte der Oberbürgermeister, dass er ein Hearing für sinnvoll hält und dies veranstalten werde.

Der Antrag der Linksfraktion, eine gemeinsame **Sondersitzung der Rechnungsprüfungsausschüsse der Städte Krefeld und Düsseldorf** einzuberufen, in der über die Vorkommnisse in der Verwaltung der Stadt Krefeld, die den Kämmerer Abrahams betreffen, informiert wird, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90, freien Wählern abgelehnt. Der Oberbürgermeister hatte zuvor erklärt, dass er diesen Antrag, sollte er beschlossen werden, beanstanden müsste.

## ■ Personalien

Der Rat beschloss den ausgeschiedenen Stadtdirektor Rattenhuber  
- durch seinen Nachfolger Manfred Abrahams im Aufsichtsrat der Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf mbH  
zu ersetzen (gegen Linksfraktion, Enthaltung 1 SPD-Ratsmitglied).

---

Der Rat bestellte einstimmig

- den Leiter des Hauptamtes Hans-Jürgen Schnaß als Vertreter für die Mitgliederversammlung der Vitako - Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.
- Peter Adelskamp (Abteilungsleiter des Hauptamtes) als Vertreter für die Mitgliederversammlung des Vereins Digitale Stadt Düsseldorf e.V.

Der Rat bestellte auf Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler beratende Mitglieder in die Ausschüsse.

## ■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion die **Nachkalkulation der Abfallgebühren für 2004 sowie der Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2001 bis 2004**. Aufgrund eines Gerichtsurteils sind Abfallgebührenbescheide, gegen die Widerspruch eingelegt wurde, noch nicht rechtskräftig. Zuviel gezahlte Gebühren werden für das Jahr in 2004 in Höhe von 272.000 Euro, für die Jahre 2006 und 2007 in Höhe von jeweils 4000 Euro zurückerstattet. Die Straßenreinigungsgebühren waren gerichtlich beanstandet worden, weil Rundungen vorgenommen worden waren. Für 2001 werden 34.000 Euro, für 2002 13.000 Euro und für 2003 73.000 Euro erstattet. Die Nachkalkulation für 2004 weist nun zwar höhere Gebühren aus, auf eine Nachforderung wird jedoch verzichtet. Der Antrag der Linksfraktion, sämtlichen Kunden zuviel gezahlte Gebühren für Abfallbeseitigung und Straßenreinigung zu erstatten, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90, freien Wählern abgelehnt. Die neu gefassten Satzungen wurden bei Enthaltung der Linksfraktion beschlossen.

Der Rat beschloss gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion den **Betriebsträgerwechsel von zwei städtischen Kindertageseinrichtungen**. Die Kindertageseinrichtungen Lindenstr. 128 und Melanchthonstr.2 gehen ab 1.8. in die Trägerschaft von flingern mobil über. Außerdem beschloss der Rat die Zusammenlegung der eingruppigen städtischen Kindertageseinrichtung St.-Franziskus-Str.175 mit der Einrichtung St.-Franziskus-Str. 157 zum 1.8. sowie der eingruppigen städtischen Kindertageseinrichtung Potsdamer Str. 39 mit dem Familienzentrum In der Donk zum 1.10. Die bisherigen eingruppigen Einrichtungen bleiben als Dependancen mit unveränderten Betreuungsplätzen bestehen.

Ein Änderungsantrag von SPD und BÜ 90, den Trägerwechsel erst zum 1.8.2011 durchzuführen, bei zukünftigen Betriebsträgerwechseln eine Vorlaufzeit von einem Jahr einzuräumen und bei Betriebsträgerwechsel oder Zusammenlegungen keine Personalreduzierung vorzunehmen, wurde von CDU, FDP, freien Wählern abgelehnt, Enthaltung Linksfraktion.

Der Rat nahm einen **Bericht zur Realisierung von Mehrgenerationenflächen** zur Kenntnis. Das Konzept beinhaltet sportorientierte, kommunikationsorientierte und erholungsorientierte Angebote.

Der Rat beschloss einstimmig den **Beitritt der Stadt zum Konvent der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen**. Der Konvent ist eine Initiative der Europäischen Kommission, die sich an Städte im Kampf gegen die globale Erwärmung richtet. Verpflichtungen wie die Senkung der CO<sup>2</sup> Emissionen um mindestens 20 % gegenüber 1990 hat Düsseldorf mit der Senkung um 29 % seit 1987 sowie durch die Aufstellung eines Aktionsplanes ( „Die Schöpfung bewahren – 30 Initiativen für den Klimaschutz“ bereits erfüllt.

Der Rat verlieh einstimmig **Förderpreise** in Höhe von jeweils mit 4000 Euro

- dem Bildhauer René Zeh und der Bildhauerin Maki Umehara (bildende Kunst),
- dem Schauspieler und Regisseur Christof Seeger-Zurmühlen (darstellende Kunst)
- der Übersetzerin Dr. Vera Elisabeth Gerling (Literatur) (Enthaltung BÜ 90),
- der Rockband Liquid Lightning und dem Kantor, Organisten und Chorleiter Wolfgang Abendroth (Musik).

Der Rat nahm den Jahresabschluss 2009 der **Stadtsparkasse Düsseldorf** zur Kenntnis. Er beschloss, dass ein Teilbetrag des Bilanzgewinns in Höhe von 3 Mio Euro an die Stadt abgeführt und der Restbetrag in Höhe von rd. 6,4 Mio der Sicherheitsrücklage der Stadtsparkasse zugeführt wird. Vorstand und Verwaltungsrat wurden einstimmig entlastet.

Der Rat nahm bei Enthaltung der Linksfraktion einen aktuellen **Sachstandsbericht zur**

---

---

**Umsetzung des Konjunkturpakets II** zur Kenntnis. Bisher sind 19 Mio Euro ausgezahlt worden.

Der Rat behandelte einen **Einspruch gegen Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern**. Nach Auffassung des Oberbürgermeisters ist der Einspruch begründet. Er empfahl eine erneute Befassung des Ausschusses.

### ■ Investitionen

Der Rat hob einstimmig seinen Beschluss vom 25.6.2009 zum **Neubau der Abendrealschule und Bau einer Anwohnerquartiersgarage** an der Franklinstraße auf. Ein gleich lautender Antrag der SPD war damit erledigt. Auf Antrag der FDP wurde die Beschlussvorlage dahingehend ergänzt, dass bis Dezember dieses Jahres ein neuer Standort vorgeschlagen wird. Der Oberbürgermeister erklärte, dass Ziel ist, die Abendrealschule innerhalb eines Jahres in einem Schulgebäude unterzubringen.

### ■ Baurecht

Der Rat beschloss

- **Änderungen des Bebauungsplans Gatzweiler Gelände (Heerdt)**. Hier erfolgt eine Anpassung der Verkehrsfläche der „Basisstraße“. Ein 2 m breiter Grünstreifen wird nun in Privateigentum verbleiben und von dem Eigentümer bepflanzt. Das Zurücknehmen der Straßenverkehrsfläche um diesen Grünstreifen ermöglicht eine bessere bauliche Ausnutzbarkeit der nördlich angrenzenden Grundstücke gegenüber den Festsetzungen im Ursprungsplans (gegen Linksfraktion);

- **Änderungen des Bebauungsplans Theodorstraße/A 44 (Rath)**. Aufgrund aktueller Rechtsprechung erfolgt eine Anpassung zur Zulässigkeit von Einzelhandel. Bisher waren Nachbarschaftsläden mit max. 400 qm Verkaufsfläche, in der Summe nicht mehr als 700 qm zulässig. Diese Flächenbeschränkung wurde aufgehoben, die nun zulässigen Nachbarschaftsläden werden mit typischer Weise 50 bis 400 qm Verkaufsfläche beschrieben (einstimmig);

- **den Bebauungsplan Birkenstraße (Flingern)**. Für das 10 ha große Gebiet im Zentrum von Flingern wird ein Bebauungsplan aufgestellt mit dem Ziel, die Gesamtstruktur als lebendiges Stadtquartier mit der Birkenstraße als Stadtteilzentrum und Wohnnutzungen zu fördern. Entlang der Birken-, Dorotheen- und Ackerstraße wird ein Mischgebiet und nördlich der Birkenstraße ein allgemeines Wohngebiet und ein Gebiet zur Erhaltung und Entwicklung der Wohnnutzung festgesetzt. Tankstellen und Vergnügungsstätten werden im Mischgebiet ausgeschlossen. Vorhandene Betriebe erhalten einen erweiterten Bestandsschutz, sodass Modernisierungen, Erneuerungen und Erweiterungen zulässig sind, wenn keine wesentlichen Störungen verursacht werden. Die Umgestaltung der Straßenverkehrsflächen in der Birkenstraße wird zu einer Verringerungen der vierspurigen Fahrbahn auf zwei Fahrbahnen mit einer lärmoptimierten Asphaltdecke führen (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer